

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschwert Abbau der Arbeitslosigkeit

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden schlossen im vergangenen Jahr mit einer Finanzierungslücke von 47 Mrd. DM ab, nachdem sich im Rezessionsjahr 1975 sogar ein Defizit von 65 Mrd. DM ergeben hatte. Offensichtlich haben die Konsolidierungsbemühungen gefruchtet: Der Ausgabenzuwachs bei den Gebietskörperschaften konnte mit etwas über 4 vH (einschließlich der Konjunkturprogramme) um mehr als die Hälfte unter dem Anstieg des nominalen Sozialprodukts und der Steuereinnahmen gehalten werden. Folgt man den Ansätzen der Haushalts- und Finanzpläne, so wird sich diese Entwicklung 1977 und in den nachfolgenden Jahren fortsetzen. Schon bis zum Ende dieses Jahres wird der Ausgabenüberschuß voraussichtlich um weitere 10 Mrd. DM abgebaut werden. Die Kehrseite dieser forcierten Konsolidierung zeigt sich in den negativen Auswirkungen auf Produktion und Beschäftigung, beeinflußt doch der Staat durch die Inanspruchnahme der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen nicht unerheblich Auslastung und Wachstum des Produktionspotentials. In Anbetracht der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit kommt dem Einfluß staatlichen Handelns auf die Beschäftigungslage besonderes Gewicht zu.

Angesichts der hohen Finanzierungsdefizite in den beiden letzten Jahren könnte der Eindruck entstehen, die Finanzpolitik sei zur Krisenbekämpfung bewußt auf Expansion ausgerichtet gewesen. Indes ist der Finanzierungssaldo als Beurteilungsmaßstab des staatlichen Einflusses auf Produktion und Beschäftigung wenig geeignet. Die Saldenhöhe wird nicht nur von den staatlichen Aktionsparametern bestimmt, vielmehr ist der Saldo teilweise selbst Ergebnis der konjunkturellen Entwicklung (Wirkung der automatischen Stabilisatoren). Ein gleich großer Saldo kann je nach Auslastungsgrad der Wirtschaft das Ergebnis einer aktiv-expansiven, aktiv-kontraktiven oder passiven Finanzpolitik sein¹.

Quantitative Wirkungsanalysen des staatlichen Handelns lassen sich mit Hilfe der Input-Output-Rechnung durchführen, zumal es in jüngster Zeit gelungen ist, das Modell um den Keynes'schen Einkommensmultiplikator zu erweitern². Auf der Grundlage dieses Instrumentariums werden im folgenden modellhaft die Wirkungen auf Produktion und Beschäftigung quantifiziert, die daraus resultieren, daß die in den Finanzplanungen 1974 bis 1978 — also vor

¹ Aus der zahlreichen Literatur hierzu vgl. insbesondere D. Biehl, G. Hagemann, K. H. Jüttemeier, H. Legler: Zu den konjunkturellen Wirkungen der Haushaltspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960–1970. In: Die Weltwirtschaft, Heft 2/1971, S. 128 ff.

der Rezession – anvisierten Ausgabenzuwächse nicht realisiert worden sind.

Finanzplanung 1974 bis 1978 und Haushaltsvollzug in der Krise

Von ihrer Konzeption her ist die Finanzplanung wachstumsorientiert und schließt Konjunkturschwankungen aus. Lediglich das Basisjahr der Planung ist in dem Maße konjunkturell verzerrt, wie sich die aktuellen Konjunkturdaten von ihren Trendwerten unterscheiden. Abweichungen der tatsächlichen Ausgaben vom Soll können daher als Maßstab für Ausmaß und Richtung der konjunkturellen Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert werden.

Als Bezugsbasis für die Analyse eignen sich die Ansätze in der Finanzplanung 1974 bis 1978 besonders gut, weil zur Zeit der Planaufstellung die konjunkturellen Abweichungen vom Trend nur gering waren. Das in der mittelfristigen Zielprojektion unterstellte Sozialproduktwachstum von 3,5 bis 4 vH entsprach noch den im Frühjahr 1974 herrschenden längerfristigen Wachstumsvorstellungen. Die Arbeitslosenquote wurde – wie in früheren Jahren – mit 1 bis 1 1/2 vH, der unvermeidbare Preisanstieg mit 5 1/2 bis 6 vH im jährlichen Durchschnitt angesetzt. Bei den einzelnen Gebietskörperschaften existierten indes keine einheitlichen Vorstellungen über den Ausgabenzuwachs des Gesamthaushalts. Der Finanzplanungsrat, dessen Aufgabe es ist, einheitliche finanzwirtschaftliche Orientierungsgrößen zu entwickeln, hatte letztmalig für die Planperiode 1972 bis 1976 Empfehlungen gegeben, sich danach aber nur zur Gestaltung der Einjahresbudgets geäußert. Für den Haushaltsvollzug 1974 und die Etats 1975 empfahl er den Gebietskörperschaften eine insgesamt zurückhaltende Ausgabenpolitik; für 1974 war dabei die Erwartung von Steuermindereinnahmen ausschlaggebend, für 1975 die Befürchtung, der erwartete Konjunkturaufschwung könne sonst durch die expansiven Wirkungen der Steuerreform zu sehr verstärkt werden.

Die Gesamtplafonds in der Finanzplanung des Bundes für die Jahre 1974 bis 1978 waren so bemessen, daß sich bis 1975 ohne reformbedingte Mehrausgaben ein Zuwachs von 8 vH und in den Folgejahren – ähnlich wie in den Länderplanungen³ – ein Zuwachs von jeweils 8,5 vH ergeben hätte. Noch zurückhaltender waren die Ansätze in den Finanzplänen der Gemeinden (jahresdurchschnittlicher Zuwachs der Gesamtausgaben: 5 vH), weil insbesondere die Anlageinvestitionen kräftig abnehmen sollten. Laut Plan sollte der investive Anteil an den Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften bis 1978 von über 14 vH auf 10 vH sinken. Die Personalausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden indes

sollten etwa parallel zur erwarteten Sozialproduktentwicklung steigen. Mit den Ansätzen dieser Finanzplanung wurde erneut das ursprüngliche Ziel der mehrjährigen Haushaltsplanung, den allokativen Belangen der öffentlichen Hand einen höheren Stellenwert zu verschaffen, zurückgedrängt, nachdem schon in den früheren Planungsperioden beinahe regelmäßig das Allokationsziel vom Stabilitätspostulat überlagert worden war.

Im Jahre 1975 stieg dann der Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben am Sozialprodukt. Dies war weniger Ergebnis eines bewußten konjunkturpolitischen Gegensteuerns als vielmehr Auswirkung der Rezession und der Steuer- und Kindergeldreform. Stagnierende Steuereinnahmen veranlaßten die Gebietskörperschaften sogar, Einsparungen sowohl über Kürzungen im Investitionsbudget als auch bei den konsumtiven Ausgaben vorzunehmen. Die tatsächlichen Aufwendungen für Personal, Sachkäufe und Investitionen lagen 1975 denn auch um 7 Mrd. DM unter den für dieses Jahr angesetzten Werten der Finanzplanung 1974 bis 1978.

Ausgesprochen restriktiv war die Haushaltsführung 1976: Die Verbrauchsaufwendungen der Gebietskörperschaften nahmen um weniger als 6 vH zu, während die investiven Ausgaben der Kernhaushalte das Vorjahresniveau um mehr als 2 Mrd. DM (5,5 vH) unterschritten. Insgesamt blieben die Ausgaben für diese Verwendungsbereiche um reichlich 15 Mrd. DM hinter der früheren Planung zurück, obwohl schon die Ansätze in der Finanzplanung 1974 bis 1978 – und hier besonders bei den investiven Ausgaben – zurückhaltend waren. Die Einsparungen bei den Personalausgaben beliefen sich auf 5 Mrd. DM: Einmal waren die Tarifabschlüsse in den beiden letzten Jahren relativ niedrig, zudem wirkten sich 1976 die Maßnahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur aus. Hinzu kommt, daß auch die Zahl der Beschäftigten kaum ausgeweitet wurde. Während im Zeitraum 1961 bis 1974 der Beschäftigtenstand bei den Gebietskörperschaften durchschnittlich um 3 vH pro Jahr gestiegen war, betrug die Zunahme 1975 nur noch 1,7 vH und 1976 gar nur 1 vH.

² Vgl. R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser, H. Wessels: Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975. Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells. Beiträge zur Strukturforchung des DIW. Heft 45, Berlin 1976.

³ Nicht alle Bundesländer haben für die Referenzperioden Finanzpläne verabschiedet. Um zu vergleichbaren Zahlen zu gelangen, sind hier daher die Ansätze der Länder aus der Haushaltsplänestatistik in den Basisjahren – also 1974 und 1976 – mit den aus den verfügbaren Planungen ermittelten Zuwachsraten fortgeschrieben worden. Unberücksichtigt bleiben mußte die Tatsache, daß durch die zeitliche Streuung der Planaufstellungen den Planungen z. T. unterschiedliche Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung – insbesondere das zu erwartende Steueraufkommen – zugrunde liegen.

Mittelfristige Finanzpläne der Gebietskörperschaften

	in Mrd. DM								Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH					
	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1975	1976	1977	1978	1979	1980	
insgesamt														
Gesamtausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	313,0	344,3	373,9	400,8	428,1			10,0	8,6	7,2	6,8			
1976-80 ¹⁾			365,7	384,0	408,0	430,5	452,0			5,0	6,3	5,5	5,0	
Istergebnis ²⁾	310,5	348,6	361,5					12,3	3,7					
davon: Personalausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	105,4	117,3	127,8	138,8	150,6			11,3	9,0	8,6	8,5			
1976-80 ¹⁾			122,5	130,4	139,3	148,5	158,3			6,4	6,8	6,6	6,6	
Istergebnis	107,2	116,4	122,9					8,6	5,6					
Lfd. Sachaufwand														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	48,6	53,3	57,1	60,9	65,0			9,7	7,1	6,7	6,7			
1976-80 ¹⁾			55,4	58,7	62,0	65,0	67,9			6,0	5,6	4,8	4,5	
Istergebnis	49,1	52,3	55,3					6,5	5,7					
Investitionen ³⁾														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	45,2	45,2	46,8	45,2	42,8			± 0	3,5	- 3,4	- 5,3			
1976-80 ¹⁾			40,3	39,8	38,5	36,6	35,5			- 1,2	- 3,3	- 5,0	- 3,0	
Istergebnis ²⁾	40,0	40,0	37,8					± 0	- 5,5					
Bund														
Gesamtausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	136,4	154,0	169,7	184,6	199,2			12,9	10,3	8,7	7,9			
1976-80 ¹⁾			161,7	171,8	184,7	195,8	207,5			6,3	7,5	6,0	6,0	
Istergebnis ²⁾	133,3	156,3	161,7					17,3	3,5					
davon: Personalausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	24,2	26,5	28,8	31,1	33,4			9,4	8,8	8,0	8,3			
1976-80 ¹⁾			26,3	28,0	29,9	31,9	34,0			6,6	6,7	6,7	6,8	
Istergebnis	24,0	25,5	26,3					5,9	3,1					
Lfd. Sachaufwand														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	20,8	22,6	23,9	25,0	26,4			8,5	5,9	4,8	5,2			
1976-80 ¹⁾			23,2	24,5	26,0	26,9	27,7			5,5	6,2	3,5	3,0	
Istergebnis	20,4	22,0	23,3					7,7	5,7					
Investitionen ³⁾														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	6,4	6,9	6,8	7,2	7,3			7,0	- 0,3	5,1	1,7			
1976-80 ¹⁾			6,0	6,4	6,8	7,2	7,5			6,5	6,1	5,7	4,7	
Istergebnis ²⁾	6,4	6,8	6,0					7,6	-11,7					
Länder														
Gesamtausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	128,6	141,9	155,3	169,5	184,4			10,3	9,5	9,1	8,8			
1976-80 ¹⁾			150,1	161,1	172,3	184,4	193,6			7,3	7,0	7,0	5,0	
Istergebnis ²⁾	132,5	143,4	152,0					9,1	5,4					
davon: Personalausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	53,3	59,5	65,1	70,9	76,9			11,6	9,4	8,9	8,5			
1976-80 ¹⁾			64,4	68,8	73,6	78,5	83,6			6,8	7,0	6,7	6,5	
Istergebnis	55,8	61,0	64,8					9,3	6,3					
Lfd. Sachaufwand														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	12,3	13,9	15,1	16,4	17,7			13,1	9,1	8,5	7,9			
1976-80 ¹⁾			14,8	15,9	16,8	17,8	19,0			7,3	5,7	6,2	6,4	
Istergebnis	13,1	14,0	15,0					6,8	7,4					
Investitionen ³⁾														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	8,0	7,9	8,7	9,5	10,1			- 1,3	10,1	8,5	6,5			
1976-80 ¹⁾			7,9	7,5	7,7	7,4	7,5			- 4,9	2,6	- 2,9	0,4	
Istergebnis ²⁾	7,6	7,4	7,0					- 2,2	- 5,4					
Gemeinden ¹⁾														
Gesamtausgaben														
Finanzplan 1974-78 ⁴⁾	97,9	103,9	109,8	113,6	117,7			6,2	5,6	3,5	3,6			
1975-79 ⁴⁾		104,0	104,8	107,4	110,4	112,7			0,8	2,4	2,8	2,1		
1976-80 ¹⁾			106,7	111,0	115,5	120,2	125,0			4	4	4	4	
Istergebnis ²⁾	95,2	102,0	105,1					7,2	3,0					
davon: Personalausgaben														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	27,9	31,4	34,0	36,8	40,0			12,4	8,3	8,5	8,6			
1975-79 ¹⁾		30,7	32,2	33,9	35,9	38,0			4,9	5,1	6,1	5,8		
1976-80 ¹⁾			31,8	33,7	35,9	38,2	40,7			5,9	6,5	6,5	6,5	
Istergebnis	27,5	30,0	31,9					9,1	6,3					
Lfd. Sachaufwand														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	15,6	16,9	18,1	19,5	20,9			8,1	7,3	7,6	7,5			
1975-79 ¹⁾		17,3	18,0	19,0	19,9	21,0			4,3	5,0	5,0	5,7		
1976-80 ¹⁾			17,3	18,3	19,2	20,2	21,2			5,5	5	5	5	
Istergebnis	15,6	16,4	17,1					4,7	4,3					
Investitionen ³⁾														
Finanzplan 1974-78 ¹⁾	30,8	30,5	31,3	28,5	25,4			- 1,1	2,7	- 8,7	-11,1			
1975-79 ¹⁾		29,4	27,5	26,2	24,0	20,6			- 6,5	- 4,9	- 8,5	-13,9		
1976-80 ¹⁾			26,4	25,9	24,0	22,0	20,5			- 2,0	- 7	- 8	- 7	
Istergebnis ²⁾	26,1	25,9	24,8					- 0,5	- 4,2					

1) Für die Gemeinden sind Angaben über die Finanzplanung 1976 bis 1980 noch nicht verfügbar. Die Schätzung der kommunalen Gesamtausgaben für diesen Zeitraum basiert auf den Haushaltsansätzen 1976, die Schätzung der einzelnen Ausgabearten auf den Ansätzen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern.

2) Ausgaben schätzungsweise bereinigt um die finanziellen Auswirkungen der Konjunkturprogramme.

3) Baumaßnahmen und Erwerb von beweglichen Sachen.

4) Methodisch an die Abgrenzung der Finanzstatistik angeglichen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des DIW.

Hätten sich die Gebietskörperschaften angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in ihrer Einstellungs- politik an der Vergangenheit orientiert, wären in den beiden letzten Jahren etwa 80 000 Arbeits- plätze zusätzlich geschaffen worden: Jeder Prozent- punkt Mehrbeschäftigung steht bei den Gebietskör- perschaften für etwa 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze (Teilzeitkräfte nicht eingerechnet); dies entspricht zur Zeit einer Ausgabe von 1,3 Mrd. DM.

Finanzplanung 1976 bis 1980 zielt auf raschen Abbau der Defizite

Schon die letztjährige Finanzplanung (Planperiode 1975 bis 1979) orientierte sich primär an stabilitäts- politischen Erfordernissen, insbesondere an einem möglichst raschen Abbau der Finanzierungsdefizite über eine deutliche Beschränkung des Ausgabenzu- wachses. Zu befürchten war, daß sich das fortwäh- rende Spannungsverhältnis zwischen kurzfristigem Stabilitätsziel und mittelfristigen Versorgungszielen deutlich verschärfen würde⁴. Durch die jüngsten Finanzpläne wird diese Befürchtung erhärtet, haben sich doch die Planungsansätze in ihrem Volumen gegenüber der Planung 1975 bis 1979 kaum verän- dert. Im Gegenteil, die Ausgabenstruktur hat sich nochmals zu Lasten der Investitionen verschoben.

In der Projektion der mittelfristigen gesamtwirt- schaftlichen Entwicklung strebt die Bundesregierung bis 1980 einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs des Sozialprodukts von 8,5 vH (real: 4,5 vH) an. Die Be- schäftigung soll pro Jahr um 0,5 vH steigen, die Arbeitslosenquote bis 1980 auf 2,5 bis 3 vH abgebaut werden. Nach den Vorstellungen der Bundesregie- rung sollen die öffentlichen Haushalte so gestaltet sein, daß den wachstums- und beschäftigungspoli- tischen Notwendigkeiten Rechnung getragen und zu- gleich die Konsolidierung der Haushalte vorangetrie- ben wird⁵. Mit den verabschiedeten Ausgabenpla- fonds wird indes einseitig das Ziel der Haushalts- konsolidierung verfolgt: Die Ausgabenansätze blie- ben mit durchschnittlich jährlich 5 vH weit hinter dem projektierten Anstieg des nominalen Sozialprodukts (8,5 vH) zurück. Dabei werden die Investitionen am Ende der Planungsperiode den Ansatz von 1976 (ohne die finanziellen Auswirkungen der Sonderpro- gramme von 1974 und 1975) um 5 Mrd. DM unter- schreiten, während die durchschnittliche Steigerungs- rate der Personalausgaben mit 6,5 vH deutlich unter der projektierten Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit liegt. Folgt man diesem An- satz, so ist auch in den nächsten Jahren kaum ein direkter Beitrag der Gebietskörperschaften zur Lösung der Arbeitsmarktp Probleme zu erwarten. Bedarfsgerechte Neueinstellungen dürften aus Grün- den eines raschen Defizitabbaus auch weiterhin unterbleiben bzw. verzögert werden. Zudem ist es

nicht wahrscheinlich, daß es über einen mittleren Zeitraum hinweg gelingt, die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst von der gesamtwirtschaftlichen Einkommensentwicklung abzukoppeln.

Vergleicht man für das laufende Jahr die Ansätze der jüngsten Finanzpläne von Bund, Ländern und Gemeinden mit den „konjunkturfreien“ Ansätzen aus den Finanzplanungen 1974 bis 1978, so ergeben sich ähnliche Differenzen wie schon beim Vergleich mit den Istergebnissen 1976. Insgesamt wurden die Aus- gabenansätze für 1977 gegenüber der früheren Pla- nung um mehr als 15 Mrd. DM zurückgenommen: Personalausgaben um 8 Mrd. DM, laufende Sach- aufwendungen um 2 Mrd. DM, Investitionen um mehr als 5 Mrd. DM.

Die Bedeutung der Ausgabenkürzungen für die Beschäftigung

Die Größenordnung der Beschäftigungseffekte, die von der Korrektur der Planungsansätze ausgegangen sind, soll exemplarisch für das Jahr 1976 gezeigt werden. Dabei werden die Abweichungen, die sich aus den 1976 realisierten Staatsausgaben im Ver- gleich zu den Ansätzen der Finanzplanung 1974 bis 1978 für das Jahr 1976 ergeben, als Nachfrageausfall interpretiert.

Methodischer Rahmen für diese Modellrechnung⁶ ist das offene statische Leontief-Modell in der um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Version. Auf dieser Basis können ermittelt werden

- direkte Beschäftigungseffekte, die durch die redu- zierte Nachfrage in davon direkt betroffenen Wirt- schaftszweigen ausgelöst werden;
- indirekte Beschäftigungseffekte, die in den Wirt- schaftszweigen entstehen, welche mit dem jeweils direkt betroffenen Sektor über Zulieferungen ver- bunden sind;
- multiplikator-induzierte Beschäftigungseffekte: Im Zuge des durch die verringerte Staatsnachfrage bewirkten Produktionsrückgangs entstehen weni- ger Einkommen, die u. a. zu einem Rückgang der privaten Verbrauchernachfrage führen und im Modellablauf damit weitere — multiplikator-indu- zierte — Produktions- und Beschäftigungseffekte auslösen. Es entsteht ein Kreislauf von Endnach-

⁴ Vgl. Die Finanzplanung des Bundes 1975 bis 1979: Kon- flikt zwischen Konsolidierung und staatlicher Aufgaben- erfüllung? Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 11/1976, S. 107.

⁵ Vgl. Finanzbericht 1977, S. 89.

⁶ Vgl. hierzu J. Schmidt: Zur Bedeutung der Staatsaus- gaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Be- schäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 46, Berlin 1977 (im Druck).

frage-, Produktions- und Einkommensänderungen, in dessen Verlauf die induzierten Reaktionen allmählich schwächer werden, bis der Prozeß ausklingt.

Grundlage der Berechnungen ist die Input-Output-Tabelle des DIW für 1972⁷. Mit der daraus abgeleiteten inversen Leontief-Matrix können die direkten und indirekten sektoralen Produktionseffekte gemessen werden. Zur Ermittlung der einkommens-induzierten Produktionseffekte müssen außerdem Höhe und Struktur der induzierten Minderung der privaten Verbrauchsausgaben bestimmt werden. Durch Verknüpfung der Produktionseffekte mit sektoralen Arbeitskoeffizienten, die den Erwerbstätigenbedarf je Einheit Bruttoproduktion zum Ausdruck bringen, lassen sich die zugehörigen Beschäftigungseffekte errechnen⁸. Da der Berechnung ein nachfrageorientierter Input-Output-Ansatz zugrunde gelegt ist, können indes nur solche Staatsausgaben berücksichtigt werden, die über öffentliche Sachkäufe – also laufende Sachaufwendungen und Investitionen – entstehen.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für diese beiden Kategorien lagen 1976 um 10,8 Mrd. DM unter den in der Planung 1974 bis 1978 angesetzten Wer-

ten; davon entfielen auf den laufenden Sachaufwand 1,8 Mrd. DM, auf die Investitionen 9 Mrd. DM. Diese „Ausgabenlücke“ wird um schätzungsweise 1,3 Mrd. DM verkürzt, wenn man die kompensatorischen Effekte der Konjunkturprogramme berücksichtigt. Der überwiegende Teil dieser Programme tangierte nicht die direkten Investitionen der Gebietskörperschaften, sondern bestand aus Investitionszuschüssen und Darlehensgewährung. Außerdem können die relevanten Investitionsausgaben nicht allein dem Jahr 1976 zugerechnet werden, da sich die Ausgabenwirksamkeit der Programme auf den Zeitraum 1975 bis 1977 verteilt. Bei der Aufteilung der verbleibenden „Ausgabenlücke“ in Höhe von 9,5 Mrd. DM auf die Lieferbereiche – getrennt nach

⁷ R. Pischner, R. Stäglin und H. Wessels: Input-Output-Rechnung für die Bundesrepublik Deutschland 1972. Beiträge zur Strukturforschung des DIW. Heft 38, Berlin 1975. Dies ist die gegenwärtig aktuellste Matrix für die Bundesrepublik Deutschland; die in ihr beschriebenen sektoralen Interdependenzen können auch für das Untersuchungsjahr 1976 hinreichende Gültigkeit beanspruchen.

⁸ Der Berechnung zugrunde gelegt wurden vom IAB für 1976 geschätzte Arbeitskoeffizienten in der Sektorengliederung der Input-Output-Tabelle.

Beschäftigungseffekte ausgewählter staatlicher Ausgabenkürzungen¹⁾

	Direkte Effekte	Indirekte Effekte	Multipl.-induzierte Effekte	Gesamteffekte	Volumenanteil, der Gesamteffekte ²⁾
	Personen in 1 000				vH
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2,6	3,9	4,1	10,6	0,58
Energiewirtschaft, Bergbau	0,6	1,7	0,8	3,1	0,64
Chemie, Steine und Erden	1,3	10,0	1,6	12,9	1,03
Eisen und Stahl, NE-Metalle	0,6	4,4	0,6	5,6	0,80
Stahl-, Maschinen-, Fahrzeugbau	5,4	3,9	1,2	10,5	0,53
Elektrotechnik, EBM	4,7	4,5	2,1	11,3	0,72
Holz, Papier, Leder, Textilien	2,0	4,2	4,6	10,8	0,78
Nahrungs- und Genußmittel	0,1	0,8	1,5	2,4	0,49
Industrie insgesamt	14,1	27,8	11,6	53,5	0,72
Handwerk ³⁾	2,2	4,3	4,2	10,7	0,56
Bauwirtschaft	78,6	3,3	0,5	82,4	4,59
Handel	4,3	5,5	9,3	19,1	0,60
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	2,4	7,0	2,8	12,2	0,82
Dienstleistungen ⁴⁾	7,8	7,0	9,9	24,7	0,66
Staat	0	2,3	1,9	4,2	0,12
Alle Wirtschaftsbereiche	112,6	62,8	45,1	220,5	0,87

1) Vergleich der Istergebnisse für die Sachaufwendungen und Anlageinvestitionen (unter Berücksichtigung der verschiedenen Sonderprogramme) 1976 mit den Ansätzen für 1976 aus der Finanzplanung 1974 bis 1978.

2) Anteil an den gesamten Erwerbstätigen der jeweiligen Wirtschaftszweige 1975.

3) Einschl. Industrieunternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten.

4) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte.

Quelle: Input-Output-Rechnung des DIW, Verflechtungstabellen des RWI. – Berechnungen des IAB.

Ausgabenarten und Haushaltsebenen — wurde vereinfachend unterstellt, daß die eingesparten Mittel ebenso strukturiert sind wie die entsprechenden Gesamtausgaben.

Der Verminderung der Staatsnachfrage um 9,5 Mrd. DM entspricht — direkt, indirekt und multiplikator-induziert — ein Beschäftigungseffekt von rund 220 000 Personen, das sind knapp 0,9 vH aller Erwerbstätigen. Das heißt: Bei Realisierung der in der Planung 1974/78 für 1976 vorgesehenen Ansätze wären für 220 000 Personen Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen worden. Da die öffentlichen Investitionen zu etwa 85 vH aus Bauinvestitionen bestehen, treten die größten Beschäftigungswirkungen in der Bauwirtschaft auf. Fast zwei Fünftel des globalen Effektes — mehr als 80 000 Erwerbstätige — entfallen auf diesen Sektor, das sind 4,6 vH der in der Bauwirtschaft Beschäftigten. In den Industriesektoren wurden insgesamt über 50 000 Erwerbstätige von den Ausgabenminderungen betroffen; in diesem Bereich wurde der Sektor „Chemie, Steine und Erden“ mit knapp 13 000 Personen (= 1 vH der Erwerbstätigen dieses Sektors) am stärksten tangiert. Auch im Dienstleistungsbereich und im Handel (rund 25 000 bzw. 19 000 Erwerbstätige) erzeugte die restriktive Ausgabenpolitik bemerkenswerte Beschäftigungswirkungen.

Eine Differenzierung nach Art der Beschäftigungseffekte zeigt, daß auf die direkten Effekte mit mehr als 110 000 Erwerbstätigen rund die Hälfte des Gesamteffektes entfällt. Indirekt — über die Vorleistungsverflechtung — erfaßt wurden über 60 000 Erwerbstätige. Dem durch den staatlichen Nachfrageausfall induzierten geringeren privaten Verbrauch ist ein Fünftel des Gesamteffektes zuzurechnen (Multiplikator-Effekt).

Der weitaus größte Teil der direkten Effekte (70 vH) entfällt auf die Bauwirtschaft. Entsprechend gering sind die direkten Wirkungen in den anderen Sektoren. Bei den meisten von ihnen dominieren die indirekten und multiplikator-induzierten Beschäftigungswirkungen. Besonders auffällig ist der hohe indirekte Effekt im Sektor „Chemie, Steine und Erden“, durch den die starke Verflechtung dieses Sektors mit der Bauwirtschaft zum Ausdruck kommt. Die multiplikator-induzierten Effekte erreichen — da nur von der Struktur des induzierten privaten Verbrauchs abhängig — das größte Ausmaß in den verbrauchsnahe Bereichen.

Bei der Interpretation der ausgewiesenen Beschäftigungseffekte sind indes — wie schon angedeutet — einige Einschränkungen zu beachten, die sich aus den methodischen Grenzen einer Modellanalyse die-

ses Typs ergeben. Insbesondere stellt die Umsetzung der errechneten Produktionswirkungen in Beschäftigungseffekte auf der Grundlage von durchschnittlichen Arbeitskoeffizienten eine recht starke Vereinfachung dar. Überdies können Lager- und Akzeleratoreffekte — als Folge von Nachfrageveränderungen — nicht berücksichtigt werden. Auch ist es nicht möglich, über die Verteilung der Beschäftigungswirkungen in der Zeit Aussagen zu treffen⁹.

Zusammenfassung

Aus Furcht vor noch höheren Defiziten und wohl auch unter dem Druck der öffentlichen Meinung haben die Gebietskörperschaften in den beiden vergangenen Jahren auf eine konsequente antizyklische Ausgabenpolitik verzichtet. Angesichts des Beschäftigungseinbruches und der nur zaghaften konjunkturellen Belebung wären 1976 forcierte Ausgabensteigerungen gerade bei den Sachkäufen und Investitionen notwendig gewesen. Ein Vergleich dieser Ausgaben mit den Ansätzen der „rezessionsfreien“ Finanzplanung 1974 bis 1978 zeigt, daß das damals anvisierte Ausgabenniveau sogar deutlich unterschritten wurde, obgleich schon zu jenem Zeitpunkt die Ansätze eher zurückhaltend waren.

Die Quantifizierung der Beschäftigungswirkungen dieser „Nachfragelücke“ mit Hilfe des um den Keynes'schen Einkommensmultiplikator erweiterten Input-Output-Modells ergab eine Einbuße in der Größenordnung von 220 000 Arbeitsplätzen. Hinzu treten die Wirkungen der restriktiven Einstellungspolitik von Bund, Ländern und Gemeinden. Gemessen am langfristigen Durchschnitt hätten sie ihren Personalbestand statt nur um 1 vH um 3 vH (= 50 000 zusätzliche Beschäftigte) ausweiten können.

Zieht man das Fazit, so hätte eine stärkere Orientierung an der Finanzplanung 1974 bis 1978 eine Verminderung der durchschnittlichen Arbeitslosenquote um etwa einen Prozentpunkt ermöglicht und damit wesentlich mehr zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen, als von den geplanten Aufträgen des mittelfristig angelegten „Investitionsprogramms zur wachstums- und umweltpolitischen Vorsorge“ in diesem und im nächsten Jahr zu erwarten ist. Ohnedies treten die an das Wachstumsprogramm geknüpften Erwartungen nur ein, wenn — anders als dies bei der Realisierung früherer Sonderprogramme immer wieder zu beobachten war — keine kompensatorischen Kürzungen in den Kernhaushalten vorgenommen werden.

⁹ Vgl. hierzu im einzelnen J. Schmidt, a.a.O., Kapitel 3.

Sowjetwirtschaft auf gemäßigtem Wachstumspfad

Gegenwärtig befindet sich die Wirtschaft der Sowjetunion in einer Phase abgeschwächten Wachstums. So war der Zuwachs der Industrieproduktion im Jahr 1976 mit 4,8 vH um 2,5 Wachstumspunkte niedriger als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Ein ähnlicher Abstand ergab sich bei der Arbeitsproduktivität in der Industrie. Günstiger entwickelte sich dagegen die Landwirtschaft: Zwar waren beim Aufkommen an tierischen Erzeugnissen noch die Auswirkungen der früheren schlechten Ernten zu verspüren, bei pflanzlichen Erzeugnissen brachten die günstigen Witterungsverhältnisse dagegen eine Rekordernte. Insgesamt stieg das verwendete Nationaleinkommen — dem Planerfüllungsbericht zufolge — um 5 vH.

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR
Zuwachs gegenüber Vorjahr in vH

	1974	1975	1976	1976	1977
	Ist			Plan	
Bevölkerung	1,0	0,9	0,9	-	-
Beschäftigte	2,2	2,4	2,0	.	.
Verwendetes Nationalprodukt	5,0	4,0	5,0	5,4	4,1
bruttoproduktion der Industrie	8,0	7,5	4,8	4,3	5,6
Produktionsgüter	8,3	7,9	5,5	4,9	5,9
Konsumgüter	7,2	6,5	3,0	2,7	4,9
Arbeitsproduktivität ¹⁾	6,5	5,9	3,3	3,4	4,8
Bruttoproduktion der Landwirtschaft	-3,4	-6,0	4,0	7,1	5,1
Brutto-Anlageinvestitionen	7,0	9,0	4,0	5,1	4,6
Einzelhandelsumsatz	5,9	7,0	4,6	3,6	4,6
Durchschnittliches Einkommen der Arbeiter und Angestellten	4,3	3,5	3,6	2,7	2,6
der Kolchosbauern	5,0	3,0	6,0	5,0	.
Außenhandelsumsatz	26,2	28,1	12,0	13,6	.
Ausfuhr	31,2	15,9	16,6	.	.
Einfuhr	21,1	41,6	7,9	.	.

1) der Industrie.

Quelle: Iswestija vom 26.10.1976 und vom 23. 1.1977.

Industrie

Der Industrie war für 1976 eine ungewöhnlich niedrige Wachstumsrate von 4,3 vH vorgegeben. Dieses Ziel wurde zwar etwas übertroffen, dennoch war die Produktionszunahme die niedrigste in der sowjetischen Industriegeschichte. Wie in den Vorjahren expandierte die Erzeugung von Produktionsgütern (Abteilung A) mit 5,5 vH schneller als die von Konsumgütern (Abteilung B) mit 3,0 vH. Der Abstand war 1976 sogar noch größer als zuvor. Von der Abschwächung der industriellen Expansion waren — abgesehen von der Elektroenergieerzeugung — alle wichtigen Industriezweige betroffen.

Produktion einzelner Industriezweige
Zuwachs gegenüber Vorjahr in vH

	1974	1975	1976
Elektroenergie	6	6	7
Brennstoffindustrie	6	7	4
Eisen- und Buntmetallurgie	6	5	4
Chemische und erdölverarbeitende Industrie	11	11	8
Maschinenbau und metallverarbeitende Industrie	12	11	10
Holz und holzverarbeitende und Papierindustrie	4	6	3
Baustoffindustrie	7	6	4
Leichtindustrie	4	5	} 1
Nahrungsmittelindustrie	8	5	
Produktion von Haushaltswaren und dauerhaften Konsumgütern	9	9	7

Für den gesamten Bereich der Schwerindustrie wurde ein Wachstum von 6,8 vH (der Jahresdurchschnitt 1971/75 betrug 9 vH) ausgewiesen, ein Ergebnis, das vor allem von der Stromerzeugung, Erdgasförderung und der chemischen Industrie getragen wurde. Die Montanindustrien leisteten mit Zuwachsraten von 1,6 vH (Kohle) und 2,8 vH (Stahl) nur einen unterdurchschnittlichen Beitrag.

Im Verbrauchsgüterbereich hat die Erzeugung von dauerhaften Konsumgütern und Haushaltswaren am stärksten zugenommen (7 vH). Die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie waren dagegen mit ihrem geringfügigen Zuwachs von 1 vH verantwortlich für das schwache Gesamtergebnis der Abteilung B. Die

Produktion ausgewählter Erzeugnisse in Pflanzenbau und Viehwirtschaft

Erzeugnis	1975	1976	Jahresdurchschnitt 1976/80 Plan
	Mill. t		
Getreide	140,1	224,0	215-220
Baumwolle	7,9	6,3	9 ¹⁾
Zuckerrüben	66,3	98,6	95- 98
Kartoffeln	68,7	85,1	.
Gemüse	23,4	23,5	.
Fleisch (Schlachtgewicht)	15,0	13,3	15- 15,6
Milch	90,6	88,7	94- 96
Eier (Mrd.Stück)	57,5	55,1	58- 61
Wolle (1 000 t)	467,0	430,8	.

1) Plan 1980.

Quelle: Iswestija vom 22. 1.1977.

Drosselung des Expansionstempos dieser Industriezweige im Jahre 1976 erklärt sich vor allem dadurch, daß es infolge der Mißernte von 1975 an einer ausreichenden Belieferung mit landwirtschaftlichen Rohstoffen mangelte. Darüber hinaus wurde die Ausnutzung der gesamten Industrie durch Verzögerungen bei der Fertigstellung neuer Produktionskapazitäten beeinträchtigt.

Landwirtschaft

Die starke Abhängigkeit der Landwirtschaft von natürlichen Gegebenheiten macht sie zu einem Wirtschaftszweig, der sich der Planung immer wieder entzieht. Dieses Problem hat im Falle der Sowjetunion noch schärfere Konturen, weil hier die Landwirtschaft unter relativ ungünstigen Boden- und Klimabedingungen arbeiten muß. Ihr Gewicht im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft ist zudem größer als in anderen Industrieländern. Die jährlichen Schwankungen der Ernteergebnisse beeinflussen den Gesamterfolg der Wirtschaft deshalb längerfristig, wie sich gerade wieder 1976 an der unterschiedlichen Entwicklung bei Pflanzenbau und Viehwirtschaft gezeigt hat.

Die Pflanzenproduktion war 1976 durch die Rekordernte an Getreide bestimmt. Mit 224 Mill. t wurde der höchste Ertrag in der Wirtschaftsgeschichte der UdSSR erreicht. Auch im Baumwoll- und Zuckerrübenanbau wurden 1976 sehr hohe Erträge erzielt; die Zuckerrübenenernte war ebenfalls die bisher höchste der sowjetischen Landwirtschaft. Das positive Gesamtbild im Pflanzenbau wird allerdings durch die enttäuschenden Leistungen bei der Erzeugung von Gemüse und Kartoffeln etwas relativiert; hier stagnierte die Erzeugung oder war sogar geringer als im Vorjahr.

In der Viehwirtschaft hat sich 1976 die vorjährige Mißernte im pflanzlichen Bereich voll ausgewirkt: Der drastische Einbruch in der Futtermittelversorgung, der durch Importe nur teilweise aufgefangen wurde, hatte zur Reduzierung der Viehbestände (außer bei Rindern) und zu Einbußen bei den tierischen Leistungen geführt. Betroffen war vor allem die Fleischerzeugung, die um 11 vH zurückging und damit auf den Stand von 1971 absank. Je Einwohner verringerte sie sich von 59 kg (1975) auf 52 kg (1976). Inzwischen hat sich die viehwirtschaftliche Basis durch die hervorragende Getreide- und Futtermitternte des letzten Jahres wesentlich verbessert. Auch die Bestände an Schweinen, Geflügel und Kleintieren, die um die Jahresmitte 1976 ihren Tiefstand erreicht hatten, konnten wieder aufgefüllt werden. Diese Bestände blieben allerdings, wie aus dem Beispiel des Schweinebestandes hervorgeht, noch deut-

lich hinter dem früheren Stand zurück:

(in Mill. Stück)

1. 1. 1975	72,3
1. 1. 1976	57,9
1. 1. 1977	63,0

Der Jahresplan 1977 enthält keine konkreten Produktionsziele für die einzelnen Erzeugnisgruppen der Landwirtschaft. Für einige Hauptprodukte ist dagegen die geplante Durchschnittserzeugung im Fünfjahresplan 1976/80 bekannt, die eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten erkennen läßt.

Produktion ausgewählter Industrieerzeugnisse in der UdSSR 1976

Erzeugnisse	Einheit	1976	Veränderung gegenüber 1975 in vH
Elektroenergie	Mrd.kWh	1 111	6,9
Erdöl	Mill.t	520	5,9
Erdgas	Mrd.cbm	321	11,1
Kohle	Mill.t	712	1,6
Stahl	Mill.t	145	2,8
Mineraldünger	Mill.t	92,3	2,3
Kunststoffe	1 000 t	3 100	9,1
Kraftfahrzeuge	1 000 St.	2 025	3,1
dar.: PKW	1 000 St.	1 239	3,2
LKW	1 000 St.	716	2,9
Autobusse	1 000 St.	70	4,5
Traktoren	1 000 St.	562	2,2
Textilgewebe	Mrd.qm	10,3	6,1
Lederschuhe	Mill.Paar	725	3,9
Rundfunkgeräte	1 000 St.	8 400	0,3
Fernsehgeräte	1 000 St.	7 100	2,0
Kühlschränke	1 000 St.	5 600	4,0
Waschmaschinen	1 000 St.	3 500	6,5
Pflanzenfette	1 000 t	2 800	-16,3
Zucker	1 000 t	9 200	-11,2
Konserven	Mrd.Büchsen	14,5	- 0,7

Quellen: Iswestija vom 23. 1.1977 und Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1975.

Als zentrale Aufgabe der Landwirtschaft gilt für 1977 und die folgenden Jahre die Stabilisierung der Getreideernte, ferner die Erhöhung des Vieh- und Geflügelbestandes. Die geplanten Fortschritte sollen, da eine Vergrößerung der Anbaufläche nur noch in sehr begrenztem Maße möglich ist, vor allem durch die Verbesserung der Produktionsbedingungen (Be- und Entwässerung der Böden, Mechanisierung und „Chemisierung“ der Produktion) erreicht werden. Die dafür bereitgestellten Investitionen — 32,7 Mrd. Rubel, d. h. etwa 27 vH der gesamten volkswirtschaftlichen Investitionen — bestätigen die anhaltend hohe Priorität der Landwirtschaft.

Investitionen

Die Produktionsziele im Zeitraum 1976/80 sollen bei einem verringerten Wachstumstempo der Investitionen erreicht werden. Ihr Zuwachs ist mit 26 vH (Jahresdurchschnitt 4,7 vH) angesetzt worden gegenüber 41 vH (Jahresdurchschnitt 6,9 vH) in der vorangegangenen Fünfjahresperiode. Das geplante Wirtschaftswachstum ist jedoch ebenso hoch wie das realisierte in der vorangegangenen Planperiode. Die Effizienzsteigerung der Investitionen soll durch eine Verlagerung der Schwerpunkte erreicht werden:

- Rationalisierung statt Erweiterung,
- Konzentration statt Zersplitterung,
- raschere Fertigstellung im Bau befindlicher Objekte.

Die Prioritätsänderungen in der Investitionspolitik sind jedoch weniger ein Zeichen davon, daß man glaubt, mit weniger Mitteln ein gleich gutes Ergebnis erreichen zu können, sondern vielmehr ein Ausdruck knapper Ressourcen. Schon immer war der effiziente Einsatz der Investitionsmittel ein Problem der sowjetischen Wirtschaft.

Insgesamt sind die Investitionen 1976 langsamer gewachsen als der private Verbrauch (gemessen am Einzelhandelsumsatz); auch die Planziele für 1977 geben dem privaten Verbrauch einen leichten Vorsprung gegenüber den Investitionen. In den Planzahlen für 1978, 1979 und 1980 tritt diese Tendenz wesentlich stärker hervor. Sie bestätigt die Bedeutung, die der Förderung des Konsums und der Erhöhung des Lebensstandards als wirtschaftspolitischem Ziel in der gegenwärtigen Planungsperiode beigegeben wird.

Lebensstandard

Das durchschnittliche Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten stieg 1976 um 3,6 vH auf 151 Rubel. Das der Kolchosbauern wuchs zwar wesentlich schneller (um 6 vH), blieb absolut mit 99 Rubel aber weit unter dem der Arbeiter und Angestellten. Die Differenz im Haushaltseinkommen dieser beiden Gruppen von Beschäftigten verringert sich allerdings durch die zusätzlichen, nicht unbeträchtlichen Einnahmen, die die Kolchoshaushalte aus den Erträgen ihres privaten Hoflandes erzielen.

Bei dem gegenwärtigen Preisniveau wäre — nach sowjetischen Angaben¹ — ein Einkommen von 100 Rubel je Familienmitglied notwendig, um einen befriedigenden Lebensstandard zu sichern. Wie viele Haushalte dieses Niveau bereits erreicht haben, ist nicht bekannt. Bis 1980 sollen es fast die Hälfte sein (gegenüber 4 vH im Jahre 1965). Für 1977 war im Fünfjahresplan ursprünglich eine Zunahme des

durchschnittlichen Arbeitseinkommens der Arbeiter und Angestellten von 2,6 vH angesetzt. Inzwischen wurden durch Ministerratsbeschluß vom 28. 12. 1976 die Löhne und Gehälter der Beschäftigten in den „nicht-produzierenden Bereichen“ (Bildungs- und Gesundheitswesen, Handel und Dienstleistungen) um durchschnittlich 18 vH angehoben. Der Beschluß, der bereits am 1. 1. 1977 in Kraft getreten ist, betrifft 31 Millionen Beschäftigte, das sind fast ein Drittel aller Arbeitnehmer. Damit dürfte die geplante Zuwachsrate der gesamten Arbeitseinkommen von 2,6 vH überholt sein.

1976 stieg der Warenumsatz des Einzelhandels um knapp 5 vH, die Inanspruchnahme entgeltlicher Dienstleistungen sogar um 8 vH. Der Tendenz nach hat sich die konsumexpansive Politik der letzten Jahre, die sich in einer maßvollen aber stetigen Zunahme des Güterverbrauchs dokumentiert, also fortgesetzt. Insgesamt ist es bisher jedoch nicht gelungen, die Versorgungsmängel zu beseitigen. Im Gegenteil, die Unzulänglichkeiten im quantitativen und qualitativen Güterangebot sind 1976 — nicht zuletzt als Folge der Mißernte von 1975 — wieder stärker hervorgetreten. Bei einigen Nahrungsmitteln reichte das Angebot nicht aus, um die Nachfrage zu decken, so daß zeitweilig die Abgabe von Mehl, Butter, Pflanzenfett, Fleisch und Konserven begrenzt werden mußte. Besser war die Versorgung mit Industriewaren; hier hat allerdings bei einigen dauerhaften Konsumgütern (Waschmaschinen, Kühlschränken, Staubsaugern) der Umsatz stagniert, bei anderen (Uhren, Radioapparaten) ging er sogar zurück, obwohl das Angebot an diesen Erzeugnissen gestiegen war und die entsprechende Haushaltsausstattung noch weit unter dem internationalen Standard der Industrieländer liegt. Die Zurückhaltung beim Kauf dieser dauerhaften Konsumgüter könnte mit dem — gemessen an der Qualität — zu hohen Preis dieser Erzeugnisse zusammenhängen. Eine Anfang 1977 angeordnete Preissenkung für bestimmte Industriewaren weist in diese Richtung. Sie reicht bis maximal 22 vH und betrifft neben einigen Bekleidungsartikeln (Strümpfe, Trikotagen) vor allem dauerhafte Konsumgüter wie etwa Radioapparate, Staubsauger und Kühlschränke, also gerade jene Güter, deren Absatz ins Stocken geraten ist. Gleichzeitig wurden andere Preise heraufgesetzt, und zwar für Teppiche, Kristallwaren, Naturseide und bestimmte Bücher, ebenso einige Tarife im Personenverkehr (für Taxifahrten, Flug- und Schiffsreisen). Zugleich mit den Preiskorrekturen ordnete ein weiterer Ministerratsbeschluß nachträglich die Steigerung der Produktion von Massenbedarfsgütern an, die im Fünfjahreszeitraum nunmehr um 70 vH statt wie ursprünglich geplant um 56 vH expan-

¹ Prawda vom 26. 10. 1976.

dieren soll. Um diese Mehrproduktion zu ermöglichen, werden neue Kapazitäten geschaffen.

Ausblick

Die bereits 1976 erkennbaren Tendenzen werden sich im Verlauf des gesamten Fünfjahrplans fortsetzen:

- Bemerkenswert ist zunächst — auch im internationalen Vergleich — Tempo und Stetigkeit des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, das mit knapp 5 vH nur geringfügig unter dem Niveau der vergangenen fünf Jahre bleibt.
- Auf der Entstehungsseite des Produkts sind wenige Veränderungen in den Grundlinien erkennbar: Die Industrieproduktion soll — nach der Abschwächung im Jahre 1976 — wieder verstärkt zunehmen.
- Auf der Verwendungsseite zeigt sich jedoch eine Verlagerung der Prioritäten, die — den Planzahlen zufolge — von Jahr zu Jahr deutlicher werden wird: Einer stabilen Steigerung des Einzelhandelsumsatzes um rund 5 vH steht eine immer schwächer werdende Expansion der Investitionstätigkeit gegenüber.
- Die Fortführung der lebensstandardfreundlichen Politik ist umso notwendiger, als Vergleichszahlen aus anderen Ländern — auch im RGW-Raum — immer noch einen relativ starken Rückstand der Sowjetunion dokumentieren.
- Ob das abnehmende Investitionswachstum durch zunehmende Effizienz beim Einsatz der Mittel aufgewogen werden kann, muß allerdings bezweifelt werden. Bestätigen sich diese Zweifel, dann ist die beschleunigte Expansion der Arbeitsproduktivität zum Ende des Planjahr fünfths schwerlich zu erreichen. Planrevisionen sind daher nicht auszuschließen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erschwert Abbau der Arbeitslosigkeit bearbeitet von Jochen Schmidt und Dieter Vesper. —
Sowjetwirtschaft auf gemäßigttem Wachstumspfad bearbeitet von Maria Elisabeth Ruban.

Verlag Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Straße 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—